



Presse-Information 379 /09

Arnsberg, 24.08.2009

Seite an Seite

„Sollte die Stadt Iserlohn durch eine Änderung des Bebauungsplans den Wiederaufbau der Firma WEKA am alten Standort zum Schutz der Bevölkerung verhindern wollen, steht die Bezirksregierung Arnsberg an ihrer Seite.“ Diese unmissverständliche Botschaft sendete Regierungspräsident Helmut Diegel bei seinem Besuch am heutigen Montag in Iserlohn. „Die Geschehnisse haben in schmerzhafter Weise deutlich gemacht, dass eine solche Anlage heute in einem derartigen Umfeld nichts mehr zu suchen hat.“

Einen unveränderten Aufbau der Anlage – nur in diesem Fall würde die bestehende immissionsschutzrechtliche Genehmigung weiter gelten – hält die Bezirksregierung für realitätsfern. Sollte die Firma WEKA jedoch ein Änderungsgenehmigungsverfahren in Arnsberg beantragen, müsste die Bezirksregierung auch die Stadt Iserlohn als Baugenehmigungsbehörde beteiligen. Würde die Stadt ihrerseits der Firma keine Baugenehmigung erteilen, würde Arnsberg den immissionsschutzrechtlichen Antrag zurückweisen.

Regierungspräsident Helmut Diegel zeigte sich gegenüber dem Iserlohner Bürgermeister Klaus Müller auch sehr unzufrieden über die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Firma WEKA in den letzten Wochen. „In fast allen Problemfeldern hat die Firma auf stur geschaltet – insbesondere bei der kniffligen Aufgabe der Löschwasserentsorgung. Auch dieses Verhalten lässt Fragen in Bezug auf die Vertrauenswürdigkeit der Firma zu“, so Diegel.

Nach derzeitigem Erkenntnisstand sind die Folgen des Brandes der Chemiefirma auf die Umwelt vergleichsweise gering. So konnte verhindert werden, dass ein Großteil des belasteten Löschwassers überhaupt durch die Kanalisation in die Gewässer gelangte – etwa 4500 Kubikmeter werden in

Bezirksregierung Arnsberg
- Pressestelle -
Seibertzstraße 1
59821 Arnsberg

Telefon: 02931/82- Durchwahl
Christoph Söbbeler- 2120
Jörg A. Linden - 2170

Telefax: 02931/82- 2467
pressestelle@bra.nrw.de



den nächsten Tagen auf Kosten der Firma WEKA entsorgt. Dagegen hat die Firma inzwischen Klage erhoben. Da die Bezirksregierung unmittelbar nach Ausbruch des Brandes am 22. Juli die Wasserwerke an der Ruhr vor der Löschwasser-Welle warnte, konnten die Wasserwerke ihre Vorsichtsmaßnahmen treffen. Die Trinkwasserversorgung durch die Ruhr war deshalb zu keinem Zeitpunkt beeinträchtigt.

Inzwischen ist ein Bodengutachten in Abstimmung mit der Bezirksregierung in Auftrag gegeben worden – Arnsberg hält es darüber hinaus aber auch für notwendig, das Grundwasser auf mögliche Verunreinigungen durch den Brand untersuchen zu lassen. „Es ist einfach schrecklich, dass ein Mensch bei dem Feuer sein Leben verloren hat. Dies überschattet alles. Aber die Folgen der Katastrophe für die Umwelt scheinen nicht so gravierend zu sein, wie es im ersten Augenblick zu befürchten war. Aber wir wollen auch da absolute Sicherheit“, so Diegel. Deshalb hat die Bezirksregierung auch die Leerung aller Tanks auf dem Firmengelände, die beim Brand nicht explodiert, aber durch das Feuer in Mitleidenschaft gezogen worden sind, angeordnet – unter strengsten Sicherheitsauflagen.

Helmut Diegel: „Auch wir müssen durch diesen Brand unsere Lehren ziehen. Es stellt sich ganz grundsätzlich für den Gesetzgeber die Frage, ob die Mengengrenzen der Störfall-Verordnung noch die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten. Für uns war die Firma WEKA kein Risikobetrieb – heute wissen wir alle, dass es offensichtlich Risiken gab. Ich sage ganz deutlich: Ich möchte strengere Vorschriften.“

Jörg A. Linden
Pressesprecher

Bezirksregierung Arnsberg
- Pressestelle -
Seibertzstraße 1
59821 Arnsberg

Telefon: 02931/82- Durchwahl
Christoph Söbbeler- 2120
Jörg A. Linden - 2170

Telefax: 02931/82- 2467
pressestelle@bra.nrw.de